

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

eine soziale und gerechte Politik für die Menschen in unserem Land – das bleibt auch 2014 die Richtschnur der SPD in Nordrhein-Westfalen. Unsere Partei tritt geschlossen und schlagkräftig auf. Wir haben die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte und ein festes Wertegerüst. Die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit von Rot-Grün in NRW wird auch in diesem Jahr weitergehen.

NRW ist ein starkes Land. Mehr als 8,9 Millionen Menschen haben Arbeit. Mehr als je zuvor, dank innovativer Unternehmen und engagierter Gewerkschaften, die gemeinsam für sichere Arbeitsplätze kämpfen. Jeder vierte deutsche Weltmarktführer ist in NRW beheimatet und jeder vierte aus dem Ausland investierte Euro fließt in unser Bundesland. Zum Vergleich: Nach Hessen fließen nur elf Prozent und nach Bayern sogar nur acht Prozent aller Direktinvestitionen aus dem Ausland. Das zeigt: NRW ist stark, innovativ und leistungsfähig.

Ein zentrales Projekt in diesem Jahr ist und bleibt die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. NRW ist das Energieland Nr. 1 in Deutschland. Deshalb bringt sich Nordrhein-Westfalen aktiv in den Prozess auf Bundesebene ein. Klar ist, dass Erneuerbare Energien in NRW weiter ausgebaut werden sollen. Und es bleibt dabei: Unser Ziel ist eine sichere, saubere und bezahlbare Energiewende – für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Unternehmen in unserem Land.

„Wie wollen wir leben?“ ist eine der zentrale Fragen, die wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in NRW diskutieren wollen. Mit „Heimat im Quartier“ hat die Landesregierung dazu im vergangenen Dezember im Internet eine Dialogplattform gestartet. Wir wollen bezahlbares Wohnen und lebenswerte Quartiere. NRW wird in den nächsten Wochen eine Mietpreisbremse einführen. In 59 Kommunen, die auf Grundlage eines Gutachtens ausgewählt wurden, dürfen dann bei bestehenden Mietverträgen die Mieten bei der Anpassung an die ortsüblichen Vergleichsmieten nur noch um 15 % in 3 Jahren (vorher 20 %) erhöht werden.

Auch in dieser Legislaturperiode sinkt die Neuverschuldung weiter kontinuierlich. Bis 2020 werden wir die Schuldenbremse ohne neue Kredite schaffen. Wir haben bereits große Sparanstrengungen unternommen und mussten dabei auch schmerzhaft Einschnitte verkraften. Im Haushaltsplan für 2014 werden wir insgesamt rund 950 Millionen Euro einsparen. Es bleibt aber auch in diesem Jahr bei unserem Dreiklang aus Sparen, Einnahmen verbessern und Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Im Haushalt 2014 sind allein 25,5 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung vorgesehen. Auch die frühkindliche Bildung steht 2014 wieder ganz oben auf der Agenda. Mehr



Bildungschancen und mehr Bildungsgerechtigkeit sind die Schwerpunkte des Referentenentwurfs der zweiten KiBiz-Revision. Von 2010 bis heute haben wir die Mittel für die Kindertageseinrichtungen insgesamt um rund 1 Milliarde Euro auf rund 2 Milliarden Euro verdoppelt. Und für die weitere Reform des KiBiz investieren wir ab diesem Jahr zusätzlich rund 100 Millionen Euro jährlich.

Die Kommunen erhalten in diesem Jahr die Rekordsumme von annähernd 20 Milliarden Euro, um Aufgaben vor Ort erfüllen zu können. Damit kommt fast jeder dritte Euro der Landesausgaben unseren Kommunen zugute. Das zeigt deutlich: Wir tun etwas für unsere Städte und Gemeinden und überlassen sie nicht sich selbst! Und wir arbeiten weiter hart dafür, dass auch der Bund seiner Verantwortung für die Kommunen noch stärker gerecht wird.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gute Gründe, zuversichtlich nach vorn zu schauen. Die SPD kämpft in Kommunen, Land, Bund und Europa für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir machen sozialdemokratische Politik mit Begeisterung und Leidenschaft und das spüren die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ich setze auch in diesem Jahr auf Euren Einsatz, Eure Unterstützung und darauf, dieses Land mit Euch gemeinsam jeden Tag ein bisschen stärker, sozialer und gerechter zu machen.

Eure Hannelore



22. POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN SCHWERTE

Auch in diesem Jahr lädt die SPD-Region Westliches Westfalen wieder zum traditionellen Politischen Aschermittwoch ins Freischütz nach Schwerte ein. Neben Norbert Römer freuen wir uns ganz besonders auf die Teilnahme von Martin Schulz, Spitzenkandidat für die Europawahl und Präsident des Europäischen Parlamentes.

Eintrittskarten sind zum Preis von 6,- € im Vorverkauf in allen SPD-Unterbezirksbüros im Westlichen Westfalen und im Büro der Region erhältlich. Nähere Auskünfte erteilt das Büro der SPD-Region Westliches Westfalen, Sigrid Schneider, Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund, Tel.: 0231 585612, Fax: 0231 585623, E-Mail: region-westliches-westfalen@spd.de.

Der Politische Aschermittwoch findet statt am 5. März 2014 um 18 Uhr (Einlass ab 17 Uhr) im Waldrestaurant „Freischütz“, Hörder Straße 131, 58239 Schwerte.



© BMUB/Raphael Hünerfauth, photothek.net

Seit Dezember 2013 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Dr. Barbara Hendricks

Deutschland ist viel mehr als Currywurst und Jägerschnitzel. Was wäre unser Land heute ohne Pizza, Tapas und Sushi? Und mehr noch: Was wären wir ohne die Erfahrungen, die Fähigkeiten und Temperamente all jener Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen zu uns nach Deutschland kommen? Deutschland wäre langweilig und ökonomisch abgehängt.

Jeder einzelne Zuwanderer ist ein Gewinn für unsere alternde Gesellschaft – zumindest dann, wenn wir es richtig anstellen. Zuwanderer brauchen keine Vorurteile, sie brauchen unsere Unterstützung. Über Integration darf man nicht nur in Talkshows reden, man muss sich kümmern. Eben das wird eine meiner Prioritäten sein als Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

INTEGRATION FINDET VOR ORT STATT!

Denn ob Integration gelingt oder nicht, entscheidet sich vor allem in der Nachbarschaft. Leben Alteingesessene und Zugezogene nebeneinander her oder lernt man sich kennen? Sprechen alte und neue Nachbarn übereinander, oder kommen sie ins Gespräch? Was passiert, wenn Gewohnheiten und Überzeugungen nicht auf Anhieb zusammenpassen?

Zuwanderung ist eine Gestaltungsaufgabe. Gerade aus unseren Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen wissen wir, was funktioniert und woran es hakt: Wir brauchen Begegnungsorte für Alt- und Neubürger. Es darf nicht sein, dass Stadtteil- und Familienzentren geschlossen werden, weil sich Kommunen ihren Betrieb nicht mehr leisten können. Auch ein professionelles Quartiersmanagement ist viel wert, wenn es Zuwanderer direkt anspricht und Konflikte entschärft, bevor sie eskalieren.

Aus diesen Gründen werde ich das Programm „Soziale Stadt“ finanziell erheblich aufstocken und es zu einem Leitprogramm im Rahmen der Städtebauförderung ausbauen. Aber das soll erst der Anfang sein: Wir brauchen eine ressortübergreifende Strategie für die Soziale Stadt, über die Fördermittel dort konzentriert werden, wo die Integrationsanforderungen am höchsten sind.

Dieser Aufwand wird sich lohnen. Denn Städte sind die Orte, in denen wir unsere Zukunft gestalten. Zukunft aber, die fängt bei den Menschen an, wie sie leben, was sie machen, und vor allem, wie sie miteinander umgehen. Lebenswerte Städte für Alt- und Neubürger – darum muss es in den kommenden vier Jahren gehen! ■



THORSTEN KLUTE IST SEIT DEZEMBER 2013 STAATSEKRETÄR IM MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN. WIR HABEN MIT IHM ÜBER DIE AKTUELLE DEBATTE ZUR ZUWANDERUNG GESPROCHEN.

Thorsten, du warst gerade im Amt, da hat die CSU eine populistische Kampagne gegen Zuwanderung gestartet. Wie siehst Du die aktuelle Lage?

Ich sehe die Zuwanderung positiv. Sie bedeutet überwiegend Chancen für alle Seiten. Grundsätzlich wirkt sich Zuwanderung mit Blick auf eine Fachkräftenachfrage für verschiedene Branchen in Deutschland bereits jetzt positiv aus. Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist überdies eine zentrale Idee und ein gutes Recht im Sinne eines gemeinsamen Europas. Sie befördert ein weiteres Zusammenwachsen der Europäischen Union.

Haben nicht gerade in NRW einige Städte große Probleme?

Für die Bundesrepublik mit über 80 Millionen Einwohnern bedeutet es kein Problem, wenn einige zehntausend Menschen zuwandern. Es gibt dann Probleme, wenn sich Zuwanderung auf bestimmte Städte, tatsächlich auf einige ohnehin benachteiligte Stadtteile konzentriert. Dies ist vor allem in einigen Großstädten so. Wir als Land schauen

WIR SIND EIN LAND, DAS ZUWANDERUNG BRAUCHT

an dieser Stelle keineswegs weg, im Gegenteil. NRW stellt als Sofortmaßnahme in diesem Jahr 7,5 Millionen Euro zur besseren Integration bereit. Die Verbesserung der Wohnsituation, die Schulbildung und die Qualifikation für den Arbeitsmarkt sind dabei ganz wichtige Projekte. Hier ist NRW auch mit Integrationsstellen an Schulen vor allem in den besonders betroffenen Stadtteilen und mit Integrationslotsen aktiv.

Reicht den betroffenen Städten die Hilfe des Landes?

Das Land allein kann das nicht stemmen. Auch die EU und der Bund sind hier gefragt. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht vor, dass Städte mit hoher Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und -bürgern stärker unterstützt werden. Ich erwarte also, dass die Kommunen dementsprechend entlastet werden.

Wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit langfristig zu mehr Zuwanderung führen?

Zur Erinnerung: Alle Befürchtungen über Zuwanderungswellen, die es vor der ersten EU-Osterweiterung 2004 gegeben hat, als etwa Polen und die Slowakei beigetreten sind, sind nicht eingetreten. Vielmehr war die Zuwanderung eine Erfolgsgeschichte. Wir sollten dennoch die Verhältnisse in den Herkunftsländern in den Blick nehmen. Eine Frage in diesem Zusammenhang ist, warum in diesen Ländern vorhandene EU-Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse nicht vollständig abgerufen werden. Unser Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider wird deshalb auch nach Brüssel reisen und Gespräche führen, bei denen ich ihn begleite. Im Übrigen rate ich zur Besonnenheit bei der Diskussion. Schließlich sind wir ein Land, das Zuwanderung braucht. ■

VERBRAUCHERSCHUTZ – EIN SOZIALDEMOKRATISCHES KERNTHEMA

Verbraucherinnen und Verbraucher sind wir alle – bei der Anschaffung eines neuen Sofas, dem Abschluss einer Versicherungspolice, dem Kauf eines digitalen Hörbuches im Internet oder beim wöchentlichen Einkauf im Supermarkt. Aber unterschiedliche finanzielle Ressourcen, Vorlieben, Erfahrungen und Interessen haben unterschiedliche Bedürfnisse und eine unterschiedliche Schutzbedürftigkeit zur Folge. Diese Realität muss eine moderne Verbraucherpolitik berücksichtigen.

Wir wollen erreichen, dass alle Verbraucherinnen und Verbraucher auf Augenhöhe mit den Anbietern von Produkten und Dienstleistungen sind, selbst wenn es sich um global agierende Konzerne handelt. Dieses zutiefst sozialdemokratische Prinzip geht auf den „Vater der modernen Verbraucherpolitik“ zurück, unseren Düsseldorfer Genossen Helmut Lenders, der viel früher als andere erkannte, dass Verbraucherschutz und staatliche Regulierung übrigens den Wettbewerb und wirtschaftlichen Erfolg nicht behindern, sondern fördern.

Die SPD konnte in den Koalitionsverhandlungen neuen Schwung für die Verbraucherpolitik durchsetzen. Sie ist nun im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz angesiedelt, Bundesbehörden werden

Uli Kelber ist seit Dezember 2013 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz



neue verbraucherorientierte Aufgaben erhalten und die Stiftung Warentest sowie die Verbraucherzentralen gestärkt. Auf unsere Initiative hin werden Verbraucherzentralen zu Marktwächtern ausgebaut, die die großen deregulierten Märkte (Finanzmarkt, Energie, Telekommunikation, Energie, Lebensmittel) beobachten, Verbraucherbeschwerden systematisch erfassen, Best-Practice-Modelle entwickeln und juristisch gegen unseriöse Anbieter vorgehen sollen.

Uns geht es darum, dass die Menschen in ihrem Alltag ganz konkret einen Nutzen von der Verbraucherpolitik haben. Wir wollen keine Verbraucherpolitik der Appelle und praxisferner Regelungen - das unterscheidet uns von Schwarzgelb. Wir haben dabei auch die Menschen mit kleinen und mittleren Geldbeuteln fest im Blick - das unterscheidet uns von den Grünen.

Verbraucherpolitik ist ein sozialdemokratisches Kernthema. Das wollen wir in den nächsten vier Jahren deutlich machen. ■

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM FEBRUAR ...**

... ZUM GEBURTSTAG

- 100 Jahre:** Max Puhlmann
Heinz Schöpe
- 99 Jahre:** Siegfried Dietrich
- 98 Jahre:** Konrad Wisch
Emilie Zimpel
- 97 Jahre:** Anna Blume
Emil Janke
- 96 Jahre:** Emma Bick
Else Heckmanns
Jakob Mausberg
Johanna Pfand
Siegfried Schmidt
- 95 Jahre:** Heinz Böcke
Josef Branse
Anni Deis
Elfriede Vaupel

**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

- 65 Jahre:** Bruno Schütte
- 60 Jahre:** Hilde Potthast
Karl-Heinz Völker
Gerhard Zalenga
- 55 Jahre:** Johann Klyszcz
- 50 Jahre:** Margarete Adolph
Margarete Adolph-Knarren
Werner Altemeier
Werner Birkhahn
Horst Dahnke
Herbert Dauer
Kurt Hankwitz
Manfred Kissmann
Dieter Kitschmann
Willi Kühn
Edeltraud Pohl
Rainer Schilling
Alfred Schmidt
Valentin Thiele

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: André Stinka,
SPD-Landesverband NRW,
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

REDAKTION: Christian Obrok,
Marcel Atoui

E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET: www.nrwspd.de

**KOMMUNAL- UND EUROPAKONVENT IN OBERHAUSEN:
KEINE ANGST VOR POPULISTEN**



Im politischen Kalender 2014 ist der 25. Mai der Tag, den sich alle Genossinnen und Genossen dick anstreichen sollten. Dann nämlich finden zeitgleich die Europa- und Kommunalwahlen statt. Die NRWSPD hat bereits zum Ende des vergangenen Jahres in Oberhausen den Wahlkampf eingeläutet.

Nach Partiejubiläum, Bundestagswahl, Mitgliedervotum ließ der Jahreswechsel nicht viel Zeit zum Luftholen. „Harte Wochen liegen hinter und vor uns“, so leitete dementsprechend NRWSPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft ihre Rede ein. Gute Ergebnisse im Mai kommen schließlich nicht von ungefähr. Gleichzeitig blickte sie vor den 900 Teilnehmenden nach vorn. Im Rahmen der Europa- und Kommunalwahlen könne man im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern beweisen, wie gute Vorgaben vor Ort pragmatisch umgesetzt werden. Hannelore Krafts Einschätzung: „Viele Menschen haben den Eindruck, in Europa sei etwas aus den Fugen geraten“. Für die SPD als Kümmerer-Partei sei es notwendig, die entsprechenden Sorgen der Menschen ernst zu nehmen: „Den Nationalisten überlassen wir hier nicht das Feld“.

Unter lautstarkem Applaus warb der amtierende Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, anschließend für seine Ziele als europäischer Spitzenkandidat in spe: „Das Europa der wettbewerbsorientierten Märkte geht auch mir auf die Nerven. Unsere Botschaft im Europawahlkampf wird sein, die EU sozialdemokratisch reformieren zu wollen“. Ein Klein-Klein nur nach Nationen-Interessen sei nicht zukunftsfähig: „Europa muss seine Werte in der Wirtschaft gegen die Ausbeuter verteidigen. Ich freue mich darauf, anzutreten. Ich habe keine Angst vor den Populisten“. Die Chancen der gemeinsamen Wahlen von Europa und Kommunen sollten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nutzen.

Nach den Reden von Kraft, Schulz sowie von Generalsekretär André Stinka und dem SGK-Bundesvorsitzenden Norbert Bude ging es für die Teilnehmenden des Kommunal- und Europakonvents in vier prominent besetzten Arbeitsforen zu wichtigen Themen wie Zuwanderung, Kommunal финанzen, Quartiersentwicklung und politische Teilhabe weiter.

Auch programmatisch geht die NRWSPD somit also gut gerüstet in die anstehende Wahlkampfzeit. Unsere Ideen und Vorstellungen für den Mai haben wir in unserem Europamanifest und unseren kommunalpolitischen Leitlinien festgehalten. ■



Kommunalpolitische Leitlinien 2014:
<http://goo.gl/BDaRh5>



Europamanifest 2014:
<http://goo.gl/SL1ptE>



EHRUNG LANGJÄHRIGER MITARBEITER

Danke zu sagen für die geleistete Arbeit – das hat bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine gute Tradition.

Bei der Betriebsversammlung Anfang Dezember des letzten Jahres konnten unser Generalsekretär André Stinka und der Betriebsratsvorsitzende Dirk Presch einer ganzen Reihe von langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der

NRWSPD gratulieren. Wir bedanken uns bei Rainer Brinkmann, Claudia Kehls, Ruth Meiss, Sigrid Schneider, Ute Schulz, Heike Seckler und Evelin Werner ganz herzlich für ihr großartiges Engagement für unsere Partei. ■